

# Landkreise versus Großmastanlagen

Brand- und Umweltschutz sind auch im Oldenburger Münsterland wichtiger als Wirtschaftlichkeit

**Hannover/Oldenburger**

**Münsterland** (lni) – Immer mehr Landkreise lehnen sich gegen sogenannte Agrarfabriken auf. So hätten die Landkreise Emsland, Oldenburg und Vechta bereits einen Genehmigungsstopp für Anträge ohne Brandschutzkonzepte für die Evakuierung der Tiere und neue Anlagen ohne Keimschutzgutachten in weniger als 500 Metern Nähe zu Wohnbebauung ausgesprochen, berichtete die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) gestern. Die Region Hannover verlange ausführliche Brandschutzkonzepte, der Landkreis Aurich erlaube keine gewerblichen Anlagen ohne ausreichende Futtergrundlage mehr.

So hat auch der Landkreis Diepholz angesichts der steigenden Anzahl von Anträgen zur Errichtung von Intensivtierhaltungsanlagen und zunehmenden Bürgerprotesten vor allem gegen eine geplante Milchviehanlage in Barver beschlossen, Raumordnungsverfahren immer dann zu prüfen, wenn ein Verfahren nach dem Umweltverträglichkeitsgesetz ansteht. Das gilt etwa für Anlagen mit mehr als 85 000 Geflügel- oder 3000 Schweinemastplätzen. Selbst Agrarminister Gert Lindemann (CDU) ist gegen die Anlage in Barver.

Der Landkreis Cloppenburg hatte im März beschlossen, Natur und Umwelt besser vor Immissionen zu schützen. Große Stallneubauten sollen nur noch mit Abluftreinigungsanlagen genehmigt werden. Die Tierzahlen



**Gegen extreme Massentierhaltung:** Die Landkreise in Niedersachsen steuern auf regionaler Ebene zunehmend dem Trend zu sogenannten Agrarfabriken entgegen. Foto: dpa

seien vor allem bei neu beantragten Schweineställen immer weiter gestiegen und lägen meist zwischen 1000 und 4000, hatte Landrat Hans Eveslage (CDU) die Maßnahme begründet.

Eveslage empfahl Städten und Gemeinden, ihre Steuerungsmöglichkeiten über die Bauleitplanung zu nutzen.

Der Niedersächsische Landkreistag hatte im März vom Land eine Neuregelung beim Bau von neuen Tierställen ein-

gefordert. In Regionen wie dem Nordwesten sei die objektive Grenze des Möglichen erreicht. Die Landkreise Lüneburg und Lüchow-Dannenberg hatten sich schon im vergangenen Jahr gegen Großanlagen positioniert.

AbL-Sprecher Eckehard Niemann forderte die Landesregierung auf, gegen den Neubau von Agrarfabriken oberhalb der vorhandenen Grenzen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes vorzugehen. Diese lä-

gen bei 1500 Schweinemast-, 560 Sauen- und 20 000 Geflügelplätzen.

„Die Kommunen verfügen bereits jetzt über effektive Steuerungsinstrumente“, erklärte Natasha Manski vom Landwirtschaftsministerium. „Sie können beispielsweise Eignungs- und Vorranggebiete ausweisen.“ Ergänzend wolle Landwirtschaftsminister Lindemann den Landkreisen in Regionen mit besonders viel Vieh ermöglichen, eine Privilegierung für großgewerbliche Ställe im Außenbereich aufzuheben.

## Landkreistag fordert vom Land gesetzliche Neuregelung